Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Gesundheit
Direktionsbereich
Verbraucherschutz
Postfach
3003 Bern

12. März 2013

Revision im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den oben erwähnten Verordnungen und lassen uns wie folgt vernehmen:

Keine Erhöhung des Toleranzwerts für Rückstände aus Abbauprodukten von Pestiziden in Trinkwasser

Fremdstoffe in Lebensmitteln dürfen nur in gesundheitlich unbedenklichen und in technisch unvermeidbaren Mengen vorhanden sein. Grundwasser, das als Trinkwasser genutzt wird oder dafür vorgesehen ist, muss qualitativ so beschaffen sein, dass es nach Anwendung einfacher Aufbereitungsverfahren die Anforderungen der Lebensmittelgesetzgebung erfüllt. Die Gewässerschutzgesetzgebung hält zudem als ökologisches Ziel fest, dass die Grundwasserqualität so beschaffen sein soll, dass keine künstlichen, langlebigen Stoffe enthalten sind.

Im Trinkwasser werden regelmässig Rückstände von Pestiziden und deren Abbauprodukte nachgewiesen. Bisher war für diese Rückstände in der Fremd- und Inhaltsstoffverordnung ein Toleranzwert von 0.1 ug/L pro Pestizid und Abbauprodukt verankert. Dieser Wert soll neu für die im Rahmen des Zulassungsverfahrens als „nicht relevante Metaboliten“ identifizierten Abbauprodukte von Pestiziden auf 10 ug/L, also um einen Faktor 100, erhöht werden.

Durch die Beibehaltung des bisherigen Toleranzwerts von 0.1 ug/L, der dem Vorsorgeprinzip Rechnung trägt, soll verhindert werden, dass unser Grundwasser und unser Trinkwasser nachhaltig mit langlebigen Stoffen verschmutzt werden und dass bei der Aufbereitung von Trinkwasser unerwartet humantoxische Stoffe entstehen. Die Bildung von toxischen Nitrosaminen aus Abbauprodukten von Tolyfluanid und von gefährlichem Azauracil aus Chloridazon Desphenyl sind Beweis dafür, dass eine Vorsorge Sinn macht. Der Gesetzgeber ist, aus gesundheitlichen Gründen, in der Pflicht, solchen unerwünschten Effekten vorzubeugen.

Ausreichende Übergangsfrist zur Reduktion von Fluorid in Mineralwasser

Das Bundesamt für Gesundheit will, im Gegensatz zur Richtlinie 2003/40 der EU, für Fluorid in Mineralwasser keine natürlichen Gehalte von bis zu 5 mg/l mehr zulassen und schlägt vor, aus gesundheitlichen Gründen den bisherigen Toleranzwert von 1.5 mg/l für Trinkwasser neu als Grenzwert für Mineralwasser zu verankern. Um diesen Grenzwert einzuhalten, müssten zukünf-

tig eine Reihe fluoridhaltiger Mineralwasser, unter anderem auch solche aus dem Kanton Solothurn, entfluoriert werden. Die Planung, Finanzierung und Realisierung der dazu nötigen Anlagen ist mit der vorgesehenen Übergangsfrist von einem Jahr nicht umsetzbar. Mineralwasser, das den Vorgaben der Richtlinie 2003/40/EG entspricht, soll deshalb noch bis zum 31. Dezember 2017 nach bisherigem Recht an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden dürfen.

Die Zutaten für alkoholische Getränke müssen weiterhin deklariert werden

Die vorgeschlagene Bestimmung, dass die Angabe der Zutaten bei Getränken mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1.2 Volumenprozent nicht mehr erforderlich sein solle, steht im Widerspruch zum Artikel 20 des Lebensmittelgesetzes und zu den Bestimmungen der EU. Die Information über die Zusammensetzung von vorverpackten Lebensmitteln ist auf Gesetzesstufe geregelt, ein Umgehen dieser Bestimmung auf Verordnungsstufe ist nicht möglich. Es ist ein legitimes Bedürfnis und ein auf Gesetzesstufe verankertes Recht der Konsumentinnen und Konsumenten, sich vor dem Kauf auch über die Zusammensetzung von alkoholischen Getränken informieren zu können, insbesondere hinsichtlich Zusatzstoffen, Aromen und Pflanzenextrakten.

Die detaillierte Stellungnahme entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Formular.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage: Formular